

Eidgenössisches Departement
für auswärtige Angelegenheiten
p.B.55.40.Tchad.
p.B.73.Tchad.O.-BL/SKS/PEM

Bern, 24. August 1993

PFI 25. Aug. 1993 17

Notiz an Eidgenössische Finanzverwaltung, Finanzdienst IV

LAGE IM TSCHAD

Wir nehmen Bezug auf die telefonische Anfrage von Herrn Yves Emery vom 16.08.1993 im Zusammenhang mit dem DEH-Projekt Nr. 91/93 "Appui à la santé publique au Chari Baguirmi et au Moyen Chari (Tchad)" und senden Ihnen wunschgemäss die kurze Zusammenfassung der politischen Lage im Tschad:

NATIONALE KONFERENZ

Die souveräne nationale Konferenz, die von Mitte Januar 1993 an tagte und mit der Wahl eines "Conseil Supérieur de Transition" unter Vorsitz von Lol Mahamat Choua, dem Präsidenten einer wichtigen Oppositionspartei, am 8. April 1993 endete, hat gute Arbeit geleistet. Der aus 57 Mitgliedern bestehende Uebergangsrat ist vorwiegend aus Vertretern und Vertreterinnen von Oppositionsparteien und Vereinigungen der "zivilen Gesellschaft" zusammengesetzt. Er ist als Parlament für den Uebergang anzusehen und existiert auf der Basis einer Charta, die die vorläufige Verfassung für den Tschad ist. Zu den einzelnen Artikeln der Charta gehören Empfehlungen, Bestimmungen und Richtlinien, die u.a. zur Ernennung von Dr. Fidel Mounzar als Premierminister geführt haben, der kurz darauf ein neues Kabinett vorstellte, das die Verantwortlichen der wichtigsten Oppositionsparteien einschliesst. Präsident Idriss Deby, der die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf der Basis der Charta betonte, erklärte per Dekret, dass die Uebergangszeit am 9. April begonnen hat.

PARLAMENTS- UND PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Der neue Premierminister, der 40 Jahre alt ist, aus dem Süden stammt und erst vor rund einem Jahr seine Tätigkeit als Arzt in Frankreich aufgab, um den Posten des Erziehungsministers in Tschad zu übernehmen, hat von drei grossen Herausforderungen an das Land gesprochen, nämlich 1. Sanierung der Staatsfinanzen, 2. Lösung der sozialen Krise und 3. Schutz der Menschenrechte. Dies sind sicher gute Ansätze. Ob sie ausreichen,



ein auf der Basis der neuen Charta aus dem vorwiegend christlich-animistischen Süden und dem islamischen Norden des Landes nach jahrzehntelangen regionalen Spannungen und mehrjährigem Bürgerkrieg ein neues demokratisches Staatsgebilde zu verankern, bleibt abzuwarten.

Wie zu vernehmen war, sollen spätestens im April nächsten Jahres Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden. Die Opposition möchte diese Wahlen allerdings hinausschieben und erst nach mindestens zweijähriger Uebergangszeit abhalten.

SANIERUNG DER STAATSFINANZEN

Die Regierung hat kürzlich energische Massnahmen getroffen, den Schmuggel - hauptsächlich mit Nigeria - zu unterbinden. Präsident Deby seinerseits hat nach seinem kürzlichen Frankreichbesuch ähnliche Anstrengungen unternommen. Ein weiteres Problem sind die Lohnzahlungsrückstände, von welchen die Staatsangestellten betroffen sind. Im Bereiche der Staatsfinanzen hat die neue Regierung einige wichtige Schlüsselpositionen wie etwa Finanz- oder Zollverwaltung neu besetzt und als zusätzliche Sicherung französische Berater engagiert.

Seit einigen Monaten ist ein Massnahmenpaket in Kraft getreten, welches die Redimensionierung des gesamten Staatsapparates zum Ziel hat und Entlassungen, Lohnkürzungen und Steuererhöhungen (Quellensteuern) mit einschliesst. Die Kosten für Dienstleistungen (z.B. im Gesundheitswesen) müssen vermehrt von den Verbrauchern übernommen werden (siehe "recouvrement des coûts" im zur Diskussion stehenden DEH-Projekt), welche gleichzeitig das Recht erhalten, auf die Ausgestaltung dieser Dienstleistungen Einfluss zu nehmen (siehe "comités de santé" im selben Projekt).

MENSCHENRECHTE

Amnesty International hat in ihrem Jahresbericht (1993) davon gesprochen, dass Mord, Folter und willkürliche Verhaftungen im Tschad noch immer vorkommen. Gemäss unserem Koordinationsbüro in N'Djamena haben tschadische Menschenrechtligen und Oppositionsparteien, welche in Kontakt mit AI und z.T. auch mit ausländischen Zeitungen stehen, manchmal die Neigung, ein allzueinseitiges - negatives Bild zu vermitteln.

Die Uebergangsregierung hat sich wie bereits erwähnt zum Ziel gesetzt, die MR-Situation zu verbessern. Das EDA verfolgt die Lage weiterhin genau, und das Koordinationsbüro setzt sich bei der tschadischen Regierung und den Behörden, in Absprache mit Vertretern

anderer Geberländer und mit der Botschaft in Yaoundé, bei jeder Gelegenheit unmissverständlich für die Einhaltung der Menschenrechte ein.

UNRUHEN

Die blutigen Unruhen in je einer Ortschaft im Osten und im Süden des Landes, sowie in N'Djamena, von welchen in letzter Zeit viel die Rede war, sind auf langjährige Querelen zwischen verfeindeten Bevölkerungsgruppen zurückzuführen und spielen sich praktisch unabhängig vom politischen Geschehen ab. Die Einsätze der Nationalgarde zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung hatten primär zum Ziel, weitere Todesopfer zu verhindern, wobei es in N'Djamena zu Auseinandersetzungen mit bewaffneten Demonstranten gekommen war.

DEMOKRATISIERUNGSPROZESS

Die Regierung sieht ein, dass der politische Oeffnungsprozess weitergeführt werden muss. Positiv zu vermerken ist die neue Pressefreiheit und die Versammlungs- und Organisationsfreiheit, welche von den unter Präsident Deby entstandenen Oppositionszeitungen und -parteien und der starken Gewerkschaftsbewegung intensiv genutzt werden.

Verschiedene bewaffnete Gruppierungen (diejenige des dissidenten ehemaligen Ministers Abbas Koti, der jedoch inzwischen nach der Unterzeichnung eines Friedensabkommens nach N'Djamena zurückgekehrt ist, die H. Habré nahestehenden Gruppierungen am Tschadsee, die Leute von Moïse Keffé) können jedoch nach wie vor den Demokratisierungsprozess stören und gefährden. Präsident Deby hat sich nun entschlossen, mit den verbleibenden Rebellengruppen das Gespräch zu suchen.

KOMMENTAR

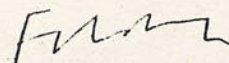
Aus folgenden Gründen sind wir der Meinung, dass das in Frage stehende DEH-Projekt im Schwerpunktland Tschad weitergeführt werden sollte:

- trotz verschiedener Rückschläge, welche sich im komplexen tschadischen Kontext nicht leicht vermeiden lassen, sind deutliche Fortschritte im politischen Oeffnungsprozess gemacht worden. Es besteht die Hoffnung, dass auch die Sanierung der Staatsfinanzen mittelfristig erste Erfolge verzeichnen kann,

- die DEH ist seit über zwanzig Jahren im Gesundheitsbereich im Tschad aktiv. Sie hat die in der Projektbeschreibung dargestellte Gesundheitspolitik dieses Landes stark mitbeeinflusst. Während der anstehenden Projektphase geht es darum, diese Politik konkret umzusetzen, die Dezentralisierung des Gesundheitswesens voranzutreiben und vor allem die Eigenverantwortung der Bevölkerung zu stärken. Nach eingehender Analyse sind wir der Auffassung, dass ein Abbruch des Projektes in erster Linie die Bevölkerung der zwei Präfekturen treffen würde.

Politische Abteilung II

i.A.



D. Feldmeyer

Kopien:

- RX, FMD, GLK, BL
- Schweizerische Botschaft Yaoundé
- DEH/DE/SKS

PFI 23 AUG 1993 17